



Bundesrat schafft wichtige Voraussetzungen für Erholung der Wirtschaft

Per 19. Juni beendet die Schweizer Landesregierung die «ausserordentliche Lage» und beschliesst weitere Lockerungen ab den kommenden Wochen. economiessuisse begrüsst diesen grossen Schritt zurück in Richtung Normalität, insbesondere im Hinblick auf den Sommertourismus. Auch die Öffnung der Grenze zu den Nachbarländern und die Vereinfachung vieler Vorschriften helfen der Wirtschaft, wieder auf die Beine zu kommen.

Der Bundesrat hat heute zahlreiche weitere Lockerungen beschlossen, insbesondere im Tourismusbereich. economiessuisse begrüsst diese Entscheidungen sehr, ist damit doch gewährleistet, dass die Sommersaison für die Hotels, Gastronomiebetriebe und Bergbahnen auch ohne Gäste aus Übersee ein Erfolg werden kann. Ebenso wichtig ist die Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit, flankiert durch die Stellenmeldepflicht, sowie der Reisefreiheit innerhalb des Schengen-Raums bis zum 6. Juli. «Dieser Entscheid gibt den Unternehmen Planungssicherheit, sie können wieder Kunden aus dem Ausland empfangen oder Spezialistenteams für Aufträge ins benachbarte Ausland entsenden», unterstreicht economiessuisse-Direktorin Monika Rühl.

Sinnvoll ist auch die Möglichkeit, öffentliche Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen wieder durchzuführen. Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht und für die Meinungsbildung im direktdemokratischen System der Schweiz unverzichtbar. Die Wirtschaft appelliert aber an die Veranstalter und die

Bevölkerung, diese wiedererlangten Möglichkeiten verantwortungsvoll zu nutzen. Eine zweite Ansteckungswelle ist weiterhin möglich.

Für economiesuisse-Präsident Heinz Karrer beweist die positive Entwicklung der letzten Tage, dass sich die Schweizer Unternehmen und Bevölkerung in der Krise sehr verantwortungsbewusst zeigten: «Die Schweiz kann auch derart schwierige Situationen sehr gut meistern, wenn sie primär auf Eigenverantwortung setzt.» Es sei deshalb wichtig und richtig, dass die vorübergehend sehr starke Rolle des Staates nun wieder zurückgefahren werde.